

Dr. Schupp und der nationalliberale Dr. Friedberg nicht gelten lassen und ergingen sich in heftigen Angriffen gegen das Zentrum. Der Abg. Sey (Zentr.) konnte aber am Schluß konstatieren, daß beide Redner seine Behauptungen nicht widerlegen konnten. In der folgenden Debatte nahmen die Volks- und Jugendspiele einen weiten Raum ein. Alle Redner sprachen sich in warmen Worten für einen Ausbau derselben aus. Kultusminister Studt stellte seine weitestgehende Unterstützung in Aussicht. Bei dem Kapitel „Schulaufsicht“ führte der Zentrumsabgeordnete Kesternich aus, daß das Zentrum an der geistlichen Schulaufsicht unbedingt festhalte, was durchaus keine Herrschaft der Kirche über die Schule sei. Abg. Fedenroth (konf.) stellte sich auf denselben Standpunkt. Der freisinnige Abg. Ernst wünscht Kreisinspektoren im Hauptamt.

— Die Novelle zum Reichsschuldbuch, die als Pendant zur preussischen Staatsschuldbuch-Novelle dem Reichstage zugegangen ist, sieht die Eintragung von Buchschulden gegen Bareinzahlung ohne Einreichung von Stücken vor. Dies Verfahren soll nicht nur bei Emissionen neuer Anleihen, sondern allgemein Platz greifen, sofern gesetzlich bewilligte Kredite offen stehen. Ferner werden Bestimmungen über Erleichterungen bei der Legitimation der Nachfolger vorgeschlagen, ferner Erleichterungen in bezug auf die Beglaubigung von Anträgen und die Zinszahlung außerhalb des Reiches. Es ist dringend zu wünschen, daß von diesen Eintragungen immer mehr Gebrauch gemacht wird.

— Die Witwe des Abgeordneten Grafen Oriola hat ein Beileidstelegramm des Kaisers erhalten, das dessen Verdiensten um die Kriegsveteranen gedenkt. Der Großherzog von Hessen schickte ebenfalls ein Beileidstelegramm.

— Der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins im Kreis Loh hat dem Fürsten Bülow das Wahlergebnis telegraphisch mitgeteilt. Der Fürst hat dem „Vorder Tagblatt“ zufolge telegraphisch geantwortet: „Kom. 15. April 1910. Das freundliche Interesse, das Sie mir noch im Privatleben bewahren, ist mir eine Genugtuung, für die ich dankbar bin. Fürst Bülow.“ Großartig! Ob die Nationalliberalen auch ihre Niederlagen in Landau, Eisenach, Wittenberg und ganz Baden nach Rom gemeldet haben, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

— Die Lehrermasseregeln in Bremen wegen des Blickwunschtelegraphen an Abel werden fortgesetzt. Ein Lehrer, der unter Vorbehalt angestellt war, ist wegen seiner Beteiligung an der Abfassung und Absendung des Telegramms sofort entlassen worden, gegen drei andere Lehrer wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Da sich aber im ganzen etwa 30 Lehrer an der Absendung des Telegramms beteiligt haben, so ist der Senat beabsichtigt, auch die übrigen 27 Herren zu ermitteln, und zwar, wie dem „N. L.“ aus Bremen geschrieben wird, im Wege des Zeugniszwangsverfahrens. Eine weitere Maßnahme des Senats besteht darin, daß er acht junge Lehrer, die zu Ostern ihre feste Anstellung hätten bekommen müssen, unter Vorbehalt angestellt hat, so daß die Behörde die Möglichkeit hat, auch sie jederzeit sofort zu entlassen.

— Der Entwurf eines Kolonialbeamtengesetzes, der dem Reichstage zugegangen ist, regelt die Rechtsverhältnisse der Kolonialbeamten. Der Entwurf bestimmt, daß für die Kolonialbeamten und ihre Hinterbliebenen die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes und des Beamtenhinterbliebenengesetzes Anwendung finden. Die Kolonialbeamten erhalten festes Gehalt, Kolonialzulage nebst Alterszulage, freie Dienstwohnung oder Wohnungsgeld. Der Reichskanzler bestimmt, wie weit Kolonialbeamten und ihren Angehörigen freie Arztbehandlung, freie Arzneimittel, freier Aufenthalt im Stranfbau zu gewährt ist. Die Vorschriften über Urlaub und Reisekosten bei Dienstreisen, Umzugskosten usw. erläßt der Reichskanzler. Proteste gegen Berechnungen sind nicht zulässig. Vorbedingung des Anspruches auf Pension ist Erwerbsunfähigkeit, die Erwerbsunfähigkeit muß wenigstens um 10 Hundertel vermindert sein. Die Erhebung einer Pension ist in diesem Falle nur zulässig, wenn die weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eine Folge des Kolonialdienstes ist. Kolonialbeamten, die 12 bzw. 15 Jahre im Kolonialdienst standen, steht auch ohne den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit ein Anspruch auf lebenslängliche Pension zu. Die in den Schutzgebieten zugebrachte Dienstzeit wird bei der Pensionierung doppelt gerechnet, sofern sie mindestens 6 Monate ohne Unterbrechung gedauert hat. Kolonialbeamte, die infolge außerordentlicher Klimaerkrankungen in den Kolonien pensionberechtigt geworden sind, beziehen Tropenzulage, deren Mindesthöhe bei 3000 Mark pensionsfähigen Endgehalt 300 Mark, bei 4000 Mark 600 Mark, bei 5000 Mark 780 Mark, über 5000 Mark 900 Mark. Der Anspruch auf diese Zulage kann nach zehn Jahre nach dem Ausscheiden geltend gemacht werden. Die Tropenzulage derjenigen Beamten, welche ohne Unterbrechung länger als drei Jahre in den Kolonien verwendet worden sind, steigt mit jedem weiteren vollen Dienstjahre um ein Sechstel bis zur Erreichung des doppelten Betrages. Bei Berechnung des Witwen- und Waisengeldes bleibt die Tropenzulage außer Betracht. Ist der Tod eines Beamten bei Ausübung des Dienstes in den Kolonien eingetreten, so erhalten Witwen und Waisen Zulagen, und zwar die Witwen 300—900, die Waisen 120—250 Mark. Ist das Kind mütterlos, so erhöht sich die Zulage (160—300 Mark). Die übrigen Paragraphen regeln die Dienstvergehen-Strafen und bringen besondere Vorschriften für richterliche Beamte und Polizeibeamte.

— Scheitern der Wahlreform? Die zweite Lesung in der Kommission des preussischen Herrenhauses wird wohl die Ablehnung der Vorlage herbeiführen, da es nicht gelingen dürfte, Änderungen zu treffen, die die „neue Fraktion“ bewegen könnten, für die Vorlage zu stimmen. Man rechnet mit einer Ablehnung, da die Gegner auf 10 angewachsen sind. Die Ratsversammlung hat vorläufig den konservativen Mitgliedern der Kommission mitteilen lassen, daß die Annahme der Bestimmung, daß Wahlrechtsänderungen von einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages abhängig zu machen seien, in der zweiten Lesung den Erfolg haben würde, daß die Regierung an der Vorlage kein Interesse mehr nehmen werde; falls auch im Plenum ein solcher Antrag beschworen würde, würde sie die Vorlage zurückziehen. In der zweiten Lesung wird ein

solcher Antrag auch nicht mehr gestellt werden. Im günstigsten Falle rechnet man mit einer Annahme von 11:9; bei einer solchen geringen Mehrheit wären die Aussichten für das Plenum nicht sehr verheißungsvoll, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Konservativen gegen den Entwurf stimmen wird. Es hat in weiten Kreisen sehr verschleppt, daß der Reichskanzler sich für die Wünsche der Nationalliberalen so sehr ins Zeug legte, während er die Mehrheit ganz ignorierte. Der Reichskanzler scheint der Ansicht zu sein, daß die Mehrheit, bei der sich Zentrumsstimmen befinden, ganz mißwertig sei, und daß sie erst Bedeutung erlange, wenn die Nationalliberalen mit dabei seien. Wenn er seine neueste Politik auf den Schnapsfuß von Diefes aufbaut, wünschen wir ihm hierzu recht viel Glück.

— Dr. Casselmann auch mandatsmüde? Die sozialdemokratische „Volkstribüne“, die in Bayreuth erscheint, bringt in ihrer Sonntagsnummer die Nachricht, welche wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, daß Dr. Casselmann für die nächste Landtagswahl ein Mandat nicht mehr annehmen wird. Die „Tribüne“ bemerkt hierzu, daß Dr. Casselmann angesichts der gegenwärtigen Situation, in der er sich befindet, mit seiner freiwilligen Verzichtleistung sehr klug handelt.

#### Oesterreich-Ungarn.

— An die Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten Kluen Hedervary beim Kaiser am 21. d. M. wird seitens der oppositionellen Presse das Gerücht getrieben, daß starke Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Ministern und Tisza den Grafen Kluen genötigt hätten, an die Intervention des Kaisers zu appellieren und den Kaiser zum persönlichen Erscheinen in Budapest zu bewegen. Von Seiten der Regierung wird dies bestritten, aber zugegeben, daß der Besuch des Kaisers in Budapest beschlossen sei. Der Termin der Reise ist allerdings noch unbestimmt.

— Am 22. April findet die Wahl des Bürgermeisters statt und es steht fest, daß der Kandidat des christlichsozialen Bürgerklubs, der erste Vizebürgermeister Dr. Joseph Krummayer, gewählt werden wird. So glatt diese Angelegenheit erledigt worden ist, so zeigen sich bei dem Ende des Monats stattfindenden Ergänzungswahlen in den Gemeinderat manche Unstimmigkeiten. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete und Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“, Kaiserlicher Rat Ernst Bergani, hat es sich in den Kopf gesetzt, in den Gemeinderat gewählt zu werden. Da er überall Widerstand fand, kandidiert er auf eigene Faust gegen die Kandidaten des christlichsozialen Wahlkomitees und wirft in seinem Blette, das durch die Christlichsozialen groß geworden ist, ganz nach Grabscher Manier den christlichsozialen Führern Stellenjägeri usw. vor. Die christlichsoziale Partei ist mit Graba fertig geworden — sie wird auch mit Herrn Bergani den Kampf aufnehmen, der ohnehin in den letzten Jahren der Partei häufig in den Rücken gefallen ist und als richtiger „politischer Geschäftsmann“ verstanden hat, für seinen Geldsack in allererster Linie zu sorgen.

#### Frankreich.

— Roosevelt in Paris. Der Minister des Aeußeren Bidon liefert auf Bestellung des „Matin“ in diesem Blatte einen dithyrambischen Willkommengruß für Roosevelt, der am 21. d. M. in Paris ankam und am Ostbahnhof symbolisch begrüßt wurde. Außer allerhand Banalitäten betont Bidon besonders Roosevelts Mut und robuste ehrenhafte Lebensauffassung, sowie seine Friedensliebe. Er sei ein sicherer, verlässlicher Freund Frankreichs, der begreife, daß beide große Republiken sich gegenseitig schuld schulden, da sie gleiche Ziele, Prinzipien und Ideale verfolgen. Die Franzosen würden sich erinnern, daß Roosevelt Frankreich in schwieriger Stunde die Freundschaft gereicht habe. Wie Roosevelt in Rom erzählte, daß er deutsche Bücher in Afrika gelesen, so erzählte er in Paris, daß ihn auf seiner Zugreise französische Bücher begleitet hätten. Der Herr ist ein seltener Diplomat. — Herr und Frau Roosevelt statten am 21. d. M. nachmittag dem Präsidenten Fallières einen Besuch ab, den dieser später mit seiner Gattin erwiderte.

#### England.

— Unterhaus. Eine Szene wilder Aufregung ereignete sich gestern während einer Debatte über das Verhalten Sir Robert Andersons, des früheren Chefs der Geheimpolizei, dessen kürzlich in „London Magazine“ erschienene Artikel über „Barnellismus und Verbrechen“ Aufsehen erregten. Der Unionist Campbell machte im Verlaufe seiner Rede eine Bemerkung, als sei es trotz der Entschiedenheit der Barnellkommission noch eine offene Frage, ob Barnell mit dem verurteilten Mörder in Verbindung gestanden habe. Die Nationalisten und Ministeriellen verlangten augenblicklich die Zurücknahme dieser Verdächtigung. Als der Präsident diese nicht für nötig erklärte, dauerte der Aufruhr fort. Die Nationalisten verlangten, der Präsident solle Campbell hinausweisen lassen. Der Präsident erklärte dagegen, ein Hinweis auf den toten Barnell sei für kein anwesendes Mitglied eine Beleidigung. Endlich wurde ein Antrag, die Debatte zu schließen, um der Szene ein Ende zu machen, angenommen und die Sitzung vertagt.

### Sächsischer Landtag.

Dresden, den 21. April 1910.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Die Erste Kammer wählte in ihrer heutigen Sitzung auf Vorschlag des Vizepräsidenten Oberbürgermeisters Geheimen Rates Dr. Deutler den Ministerialdirektor a. D. Dr. Jahn und den Rechtsanwält Geheimen Justizrat von Schüb in Dresden und den Landgerichtspräsidenten Dr. Hartmann in Plauen zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes und die Rechtsanwälte Geheimen Justizrat Ulrich-Chemnitz und Justizrat Hart-Weißig zu Stellvertretern. Dann genehmigte die Kammer Kapitel 38 bis 41 des ordentlichen Etats betreffend das Departement der Justiz, sowie die hierzu eingegangenen Petitionen.

Wirkl. Geheim. Rat Professor Dr. Wach betonte, daß der Andrang zum juristischen Studium nachgelassen hätte. Er könne den Standpunkt der Justizverwaltung, nur die besten Kräfte in den Staatsdienst zu übernehmen, nur billigen. Hieran verbreitete sich der Redner über die Ausbildung der Juristen und wies darauf hin, daß eine inten-

sivere Ausbildung in Theorie und Praxis dringend notwendig sei. Vor allen Dingen müßten die jungen Leute schon in jüngeren Jahren in selbständige Stellungen kommen. Auch müsse dem Vorbereitungsdienste mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Staatsminister Dr. von Otto erklärte, daß Schwierigkeiten in der Ausbildungsfrage vorhanden seien. Die Regierung würde jedoch auf alle Weise auf eine Vertiefung des juristischen Vorbereitungsdienstes hinwirken.

Die Petition des Adolf Petrasch in Dresden, betreffend Schadenersatzansprüche, ließ die Kammer auf sich beruhen und die Petition der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe in Leipzig, betreffend die Einstellung nur Studierender der Universität Leipzig bei den dort garnisonierenden Infanterieregimentern Nr. 106 und 107 als Einjährig-Freiwillige wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Weiter bewilligte die Kammer noch Kapitel 51 bis 54 des ordentlichen Etats betreffend die Hauptinspektion der Medizinalgebäude, das Landesmedizinalkollegium, die hygienischen Untersuchungsanstalten usw. Die Petitionen des Verbandes konditionierender Apotheker für das Deutsche Reich und des Verbandes der Apothekenzonzeffensamtwärter in Sachsen um Errichtung einer Apothekerkammer und die Petition einiger separierter evangelisch-lutherischer Gemeinden ungeänderter Augsburger Konfession um Genehmigung eigener Volksschulen für die zugelassenen Religionsgemeinschaften und um Regelung des Religionsunterrichtes in dem künftigen Volksschulgesetz wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag den 26. April, mittags 12 Uhr.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 22. April 1910.

— Die Porzellan-Manufaktur in Meißen feiert am 6. Juni d. J. ihr 200jähriges Jubiläum. Der Staat hatte einen Betrag von 9000 Mark bereitgestellt, um eine Feier auszurichten, an der nicht nur das gesamte Personal, sondern auch die nicht mehr für die Porzellan-Manufaktur aktiv tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Witwen früherer Arbeiter teilnehmen sollen. Hauptächlich ist eine Spisierung der Festteilnehmer vorgesehen.

— Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 23. April: Westwinde; veränderliche Bewölkung. Mittl. noch zeitweise Regenbögen.

— Se. Majestät der König nahm vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister sowie des Kabinettssekretärs entgegen.

— Das königliche Hoflager wird Freitag den 29. April nach der königlichen Villa in Wachwitz verlegt.

— In der Hauptversammlung des Vereins für vaterländische Festspiele am 20. d. M. erstattete der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Herr Stadtverordnetenbevollmächtigter Obermeister Unrath, den Geschäftsbericht auf das Jahr 1909. Aus demselben ging hervor, daß die Beteiligung an den vaterländischen Festspielen sehr lebhaft war und die Bestrebungen sowohl von den staatlichen als auch von den städtischen Behörden unterstützt worden sind. Die letzteren bewilligten 5000 Mark. Der Redner gedachte auch der nicht besonders guten finanziellen Lage des Vereins. Einer Einnahme von 7410,29 Mark ständen 8679,70 Mark Ausgaben gegenüber, so daß sich ein Defizit von 1269,41 Mark ergab. Seitens der städtischen Kollegien wurden in dankenswerter Weise noch weitere 1000 Mark bewilligt. Die Zahl der Mitglieder sei von 533 auf 512 gesunken, dagegen sei die Zahl der Körperchaften, die dem Vereine angehören, von 25 auf 29 gestiegen. Die diesjährigen Festspiele wurden auf Sonntag den 3. Juli festgelegt.

— Von zwei ergreifenden Unglücksfällen weiß unsere heutige Unterhaltungsbeilage „Die Zeit in Wort und Bild“ zu erzählen. Die abgebildeten Trümmer der Eisenbahnwagen bei dem Unglück in Willehm bergengewärtigen dem Leser den Zusammenstoß, dem mehr als 20 Tote zum Opfer fielen. Der Ballon „Pommern“, der am 3. April bei Sahnitz ins Meer stürzte, zeigt sich noch als kühner Luftkugler. Auf dem Titelbilde präsentiert sich die große Wandbahnbrücke in Hamburg, die durch ihre mittelalterliche Gestaltung einen eigenartigen Reiz ausstrahlt. Die noch außerdem so reich ausgestattete Nummer bringt im belletristischen Teile die Fortsetzungen des Romans Reganow und der Reiseaufzeichnungen auf der Walz nach Wien. Jetzt ist es Zeit, die so schön ausgestattete illustrierte Unterhaltungsbeilage für den Monat Mai zu abonnieren. Für 80 Pfennig erhält man dieselbe mit unserer „Sächs. Volkszeitung“ frei ins Haus gebracht, durch die Post zugestellt für 84 Pfennig.

— Aus Anlaß der am Sonnabend den 23. und Sonntag den 24. April in sämtlichen Räumen des städtischen Ausstellungspalastes stattfindenden internationalen Ausstellung von Hunden aller Rassen geben sich die Vertreter der angesehensten kynologischen Organisationen Deutschlands in der schönen sächsischen Residenz ein Stelldichein. Das Kartell der Stammbuch führenden Spezialclubs zählt weit über 6000 Mitglieder und der Mitteldeutsche Verband kynologischer Vereine über 20 Vereine in allen größeren Städten Mitteldeutschlands. Für die Popularisierung der Hundezucht haben wohl in neuerer Zeit die Kriegshunde und Polizeihunde das meiste getan. Der die Ausstellung veranstaltende Verein Kavalj hat keine Mittel gescheut, um das Unternehmen in der großzügigsten Weise in die Wege zu leiten und der Erfolg hat die Aufwendung gerechtfertigt. Nahezu 1000 Hunde sind ausgestellt — eine glänzende Leistung, wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahre in Leipzig durch Mißwirtschaft und ungetreue Beamten die Aussteller speziell Sachsens mißtrauisch gemacht worden sind. Man wählte deshalb auch Dresden sofort zum Ort der nächsten Verbandsausstellung, denn nur in Dresden, der Ausstellungstadt par excellence, konnte die Scharte ausgewetzt werden, wie es jetzt tatsächlich geschehen ist. Den Grundstock der Meldungen für die Ausstellung haben die Spezialclubs gestellt, die fast sämtlich gleichzeitig hier ihre Hauptversammlung abhalten. Zum Beispiel hat